

Bakom

Geschäftsbericht 1999

Vor Ihnen liegt der erste Geschäftsbericht des BAKOM. Dass ein Bundesamt einen Geschäftsbericht verfasst, ist zugegebenermassen ungewöhnlich. Aber wir wollen in dieser ausführlichen und hoffentlich attraktiven Form Rechenschaft ablegen und die Öffentlichkeit über unser Handeln informieren. Mit dieser Publikation wollen wir einen neuen Weg beschreiten und in leicht verständlicher Weise über unsere Aktivitäten im Jahre 1999 informieren.

Bei der Lektüre werden Sie sich sehr schnell in einer Welt wieder finden, in der vieles völlig anders ist, als es gestern war und erst recht morgen sein wird. Diese Dynamik der Kommunikationskanäle macht unsere Arbeit einerseits sehr interessant, andererseits aber oft auch nur sehr beschränkt planbar.

Bei allen Veränderungen und aller Dynamik bleiben aber drei Axiome unserer Tätigkeit gleich: Erstens die Aufrechterhaltung des Service public und der Grundversorgung; dort, wo die Marktkräfte bestimmte staats-, kultur- oder sozialpolitische Bedürfnisse vernachlässigen, braucht es unser Einwirken. Zweitens die Gewährleistung eines fairen und wirksamen Wettbewerbs; wir sorgen dafür, dass die Spiesse für alle gleich lang sind und korrekt eingesetzt werden. Und drittens eine effiziente, das heisst ressourcenschonende Führung unseres Amtes.

Das BAKOM ist seit Beginn des Jahres 1999 ein so genanntes FLAG-Amt: Wir führen (und werden geführt) mit Leistungsauftrag und Globalbudget. Wir orientieren uns an möglichst klaren Zielvereinbarungen, und unsere Aufgaben werden nach Produkten und Kunden definiert. Also auch für die Verwaltung ist der Begriff des Kunden kein Fremdwort! Wie wir diese Aufgaben erfüllen, ist uns weitgehend freigestellt. Wir werden daran gemessen, ob wir die gestellten Ziele erreichen. Dies gibt uns einen operativen Freiraum. Auch ein Bundesamt kann (ja muss) also nach unternehmerischen Kriterien geführt werden. Die Grundlage dazu bildet das vom Bundesrat erteilte Mandat.

<u>Vorwort</u>	Seite 1
<u>Inhalt</u>	Seite 3
<u>Führungsbericht</u>	Seite 5
<u>Leistungsbericht</u>	Seite 11
<u>Ausblick</u>	Seite 29
<u>Personal</u>	Seite 31
<u>Finanzbericht</u>	Seite 33
<u>Anhang</u>	Seite 37
<u>Impressum</u>	Seite 40



"Wettbewerb setzt gleiche Bedingungen

Roman Süess, 32 Jahre, Elektromechaniker

für alle voraus. Der Monitoring-Bus
des BAKOM trägt dazu bei, die 'guten'
Frequenzen zu finden."

Das BAKOM im freien Kommunikationsmarkt

Das Jahr 1999 war gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Neuerungen, die die Flexibilität des BAKOM auf die Probe stellten.

Dank der liberalen Konzessionspolitik des Bundesrates konnten neue private Fernsehstationen den Betrieb aufnehmen. Der harte Konkurrenzkampf um Marktanteile und Finanzierungsquellen wirkte sich auch auf die Aufsichtstätigkeit des Amtes aus. So verstiesen einige Veranstalter gegen die Werbe- und die Sponsoringvorschriften. Im Interesse eines fairen Wettbewerbs ging das BAKOM wiederholt gegen die gesetzwidrige Werbung und gegen unerlaubtes Sponsoring vor.

Die SRG konnte trotz wachsender Konkurrenz aus dem Inland ihre Stellung halten. Allerdings mussten wegen der branchenmässigen Teuerung die Empfangsgebühren angepasst werden. Als sehr problematisch erwies sich das Gebühreninkasso. Die hier zu verzeichnenden Ausfälle können nur mit verbessertem Inkassomanagement aufgefangen werden. Die Billag muss mit ihrem neuen Mandat diesen Ansprüchen gerecht werden.

Ganz im Zeichen der Konkurrenz unter den vielen Anbietern stand der Telekommunikationsmarkt. Profitiert haben dabei alle Konsumenten sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen. Die Preise gingen zum Teil auf die Hälfte zurück. Die Marktbedingungen befriedigen allerdings noch nicht überall, so zum Beispiel im Anschluss- und teilweise auch im Mietleitungsbereich. Boomartig entwickelte sich der Markt der Mobilkommunikation.

Der vom Parlament geforderte Infrastrukturwettbewerb auch im Mobilbereich und die exponentiell steigende Zahl der Neuabonnenten wirkten sich einerseits senkend auf die Tarife aus, erforderten aber andererseits auch den Bau zusätzlicher Antennen. Die Folge davon war eine wachsende Opposition in der Bevölkerung, die noch verstärkt wurde durch die Diskussion im Zusammenhang mit dem Entwurf der Verordnung über nichtionisierende Strahlen (NIS-V) und die darin vorgeschlagenen Strahlengrenzwerte. Im Dienste der Betreiber und der Bevölke-

Die Funkkonzessionen auszuschreiben. Die Konzessionen für UMTS (Universal Mobile Telecommunication System) als Nachfolgetechnologie der heutigen GSM-Mobiltelefonie sowie für WLL (Wireless Local Loop) zur Erschliessung der letzten Meile werden bereits im Jahr 2000 im Rahmen einer Auktion vergeben. Für diese in der Schweiz einmalige Versteigerung auf dem Internet hat das Amt die nötige Infrastruktur aufgebaut.

Vorbereitet wurden ferner die Einführung der neuen EU-Richtlinie über Funkanlagen und Telekommunikationseinrichtungen (R&TTE-Richtlinie). Damit anerkennt die Schweiz ab 8. April 2000 die Konformität der Anlagen aufgrund von EU-Standards. Die Marktüberwachung des BAKOM wird damit umgestellt: Die Anlagen werden nicht mehr vor der Markteinführung (pre-market), sondern stichprobenweise danach (post-market) kontrolliert. Herstellern und Importeuren wird diese neue Regelung einen schnelleren Marktzugang und die raschere Einführung neuer Technologien erlauben.

Die EU überprüft generell ihre Regeln im liberalisierten Telekommunikationsmarkt (Telecom 99 Review). Da auch die Schweiz davon sehr stark betroffen ist, übernimmt das BAKOM eine aktive Rolle, indem es im Rahmen der IRC (Independent Regulatory Group) die Diskussion und die Stellungnahmen der Telekommunikationsregulatoren der EU- und der EWR-Länder koordiniert. Damit kann die Schweiz von aussen auf den Telekommunikations-Revisionsprozess in Europa einwirken, dies auch dank der IRC-Präsidentschaft, die das BAKOM seit Sommer 1999 ausübt.

Führung der Verwaltungsstelle

Als Behörde mit hoheitlichen Aufgaben und als Service- und Kompetenzzentrum im öffentlichen Dienst ist das BAKOM natürlich kein Unternehmen, das über Umsatz- und Gewinnzahlen geführt werden kann. Die Strategien und die Führung richten sich nach den inhaltlichen, politischen Kriterien und den Entscheiden in den einzelnen Sachbereichen.

Dennoch ist es im administrativen Bereich möglich, das Amt ähnlich wie ein Unternehmen mit erhöhter Ergebnisverantwortung und erweiterter betrieblicher Autonomie zu führen. Seit dem 1. Januar 1999 wird das BAKOM mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Das BAKOM ist damit ein so genanntes FLAG-Amt. Entsprechend wurden auf allen Stufen Zielvereinbarungen ausgearbeitet. Das operative Geschäft wird von der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) unterstützt. Die recht aufwändige KLR soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch der Führung periodisch transparente Informationen über Kosten, Investitionen und Erträge vermitteln.

Aufgrund des periodischen Pflichtreportings, der zahlreichen Gespräche auf allen Stufen sowie einer Umfrage beim Personal kann das erste Geschäftsjahr mit FLAG bereits etwas genauer beurteilt werden. Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

Beim Kader ist das Führungsverständnis (Führen über Inhalte, Ziele, Mitteleinsatz) und damit der Kulturwandel durch FLAG unübersehbar. So ist das Verständnis für die moderne Verwaltungsführung mit verstärkter Nutzung betriebswirtschaftlicher Instrumente auf dieser Stufe weiter gestiegen und der Führungsprozess bereits mehrheitlich akzeptiert.

Problematisch sind weiterhin auf allen Stufen der durch FLAG entstandene Mehraufwand zulasten des Kerngeschäftes sowie das Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen.

Beim Personal ist Widerstand gegenüber FLAG spürbar. Dennoch ist auch auf dieser Stufe bereits ein kostenbewussteres Denken und Handeln zu erkennen.

_____ Das operative Controlling ist noch zu wenig wirksam und damit der erwartete Nutzen für das Kader noch zu gering. Die abteilungsspezifischen Finanzinformationen konnten wegen verschiedener Systemprobleme noch nicht wie geplant im Monatsrhythmus zur Verfügung gestellt werden.

_____ Auf allen Stufen fanden Gespräche zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitenden statt. Die Leistungsbeurteilung erfolgte dabei erstmals aufgrund der im vergangenen Jahr gemeinsam erstellten Zielvereinbarung. Die neue Führungsform wurde vom Personal äusserst positiv aufgenommen.

_____ Es ist schwierig, messbare Leistungsindikatoren zu finden. Sehr oft zeigt sich nämlich die Qualität einer Arbeit erst nach geraumer Zeit (zum Beispiel bei Gesetzgebungen und Verordnungen).

_____ Die Datenqualität der Kosten- und Leistungsrechnung war wie erwartet ungenügend, da die Kosten noch zu wenig nach den Verursachern gegliedert sind. Die finanzielle Führung beschränkte sich deshalb auf die geplanten bzw. verwendeten Finanzmittel (Kredite) und konzentrierte sich weniger auf den Kostendeckungsgrad der einzelnen Produkte.

_____ Die geplanten Wirkungen einzelner Leistungen sind weder in diesem kurzen Zeitabschnitt der Berichterstattung noch im Zeitrahmen des bestehenden Leistungsauftrages 1999/2000 messbar.

_____ Diese Mängel sind zum Teil erwartete Anfangsschwierigkeiten. Es wird nun darum gehen, alle FLAG-bedingten Massnahmen zu ermitteln, auf die verzichtet werden kann. Das Ziel muss sein, FLAG in einer Weise anzuwenden, welche die Führung und die Arbeit im BAKOM unterstützt.

Personalpolitik

_____ Im Berichtsjahr wurden verschiedene Neuerungen im Personalbereich eingeführt. Mit FLAG wurde das BAKOM grundsätzlich aus dem «Stellenplafond» entlassen. An die Stelle der Etatstellen traten Finanz-

kriterien. Mit Hilfe von Zielvereinbarungen soll verstärkt auf allen Stufen eine Dialogkultur entwickelt werden. Die ausserordentliche Leistungslohnkomponente (Bar- und Spontanprämien) mit 0,5% der Gesamtlohnsumme konnte den Mitarbeitenden transparenter und fairer zugeordnet werden. Dies ist jedoch erst ein sehr bescheidener Anfang im Hinblick auf die Einführung einer leistungsbezogenen Salarierung.

Das BAKOM beschäftigte 1999 durchschnittlich 287 Personen, was 269 Vollzeitstellen entspricht. Der für Ende 1999 eingesetzte Sollbestand von 308 wurde mit 270 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft. Erfreulicherweise wurde wegen der sehr effizienten Arbeitsleistung weniger Personal als geplant benötigt. Dazu kamen erhebliche Rekrutierungsschwierigkeiten, vor allem bei technischen Kommunikationsspezialisten.

Das BAKOM bildet zurzeit erfolgreich einen Lehrling in Mediamatik aus; für 2000 ist die Anstellung eines weiteren Lehrlings vorgesehen. Die Anstrengungen für das Lehrlingswesen sollen intensiviert werden.

Ausblick

_____ Wie erwähnt wird zurzeit die heutige FLAG-Anwendung überprüft. Erste Verbesserungen sollen noch in der ersten Jahreshälfte umgesetzt werden. Im Weiteren ist das richtige Mass in Bezug auf Inhalt und Umfang des Reportings für die parlamentarischen Kommissionen zu finden. Grosse Bedeutung kommt nach wie vor der betriebswirtschaftlichen Ausbildung zu. Sie ist eine Voraussetzung für das zunehmende Verständnis der Reform, aber auch der betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge. Mit Hilfe dieser Verbesserungen und aufgrund der Finanzplanung werden sowohl die Leistungs- als auch die Sparziele im Rahmen des Leistungsauftrages 1999–2000 erreicht werden können.

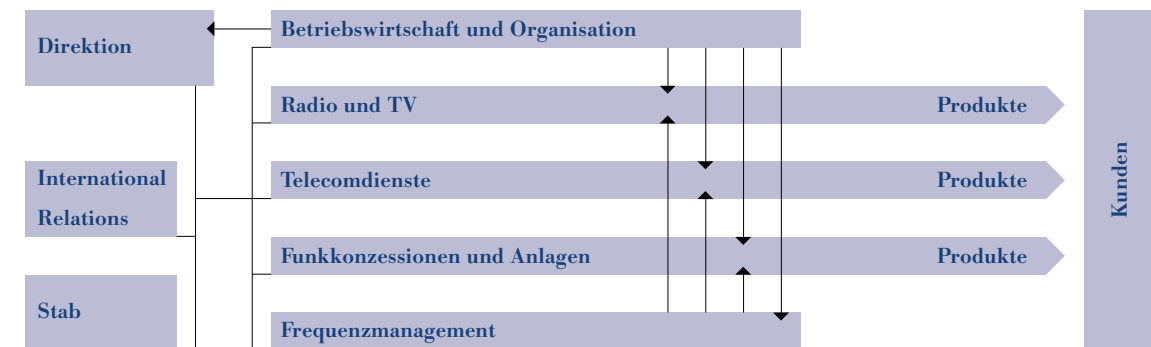
"Delegierte des BAKOM vertreten die schweizerischen Interessen in mehr als 30 internationalen Organisationen und arbeiten mit bei der Lösung technischer und rechtlicher Probleme."

Marc Furrer, 49 Jahre, Direktor Bakom



Aufgaben und Organisation

Das BAKOM ist organisatorisch in drei so genannte Produkteabteilungen gegliedert: Radio und Fernsehen (RTV), Telecomdienste (TC) sowie Funkkonzessionen und Anlagen (FA). Sie erbringen Leistungen für eine externe Kundschaft. Die Bereiche International Relations (IR) und Frequenzmanagement (FM) arbeiten dagegen in erster Linie zugunsten dieser Produkteabteilungen. In den Bereich Frequenzmanagement fallen z.B. die Planung, Zuteilung und Überwachung der Frequenzen sowie die Forschung. Der Dienst International Relations (IR) koordiniert die internationalen Aktivitäten und die Vertretung der Schweiz in internationalen Organisationen. Die klassischen internen Dienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik, Logistik sind in der Abteilung Betriebswirtschaft und Organisation (BO) zusammengefasst.



Dem Trend der Konvergenz zwischen den elektronischen Medien und der Telekommunikation folgend, vereint das BAKOM als eine der weltweit wenigen Organisationen diese beiden Bereiche unter einem Dach. Als Konsequenz ergibt sich die Unterstellung unter zwei verschiedene Behörden.

Einerseits bereitet das Amt für den Bundesrat und das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) die Geschäfte betreffend die elektronischen Medien vor, stellt die entsprechenden Anträge und vollzieht die Entscheide. Andererseits ist es im Bereich Telekommunikation für die Eidg. Kommunikationskommission (ComCom) tätig, die hier als unabhängige Behörde zuständig ist.

Radio und Fernsehen

Das BAKOM hat im vergangenen Jahr seine regulatorischen Tätigkeiten im Sektor Radio und Fernsehen gezielt verstärkt. Der Personalbestand im Bereich der Aufsicht wurde erhöht, um die gesetzlichen Vorschriften besser durchsetzen und die Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer gewährleisten zu können. Diese Anstrengungen tragen dazu bei, seine Glaubwürdigkeit als Regulator zu stärken.

Durch die Zulassung weiterer Veranstalter nahm der Druck im schweizerischen Werbemarkt stark zu. Als negative Begleiterscheinung bewegten sich die Aktivitäten im Bereich Werbung und Sponsoring vermehrt in einer Grauzone, was eine verschärfte regulatorische Tätigkeit erforderte. Im Berichtsjahr hat das BAKOM rund 40 Aufsichtsverfahren gegen Radio- und Fernsehveranstalter eingeleitet und damit die Zahl gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Für Aufsehen sorgten insbesondere die Verfügungen gegen Tele 24 und TV3 wegen verbotener Unterbrecherwerbung. Im Rahmen eines Strafbescheides gegen die SRG verfügte das Amt am 15. November 1999 erstmals auch die Einziehung von illegal erzielten Nettoerlösen im Umfang von 500 000 Franken. Der Bescheid war allerdings bei Abschluss dieses Berichtes noch nicht rechtskräftig.

Im Bereich der terrestrischen Programmverbreitung wurde die Nutzung des Frequenzspektrums weiter optimiert und punktuell wesentlich verbessert. Auch beim Sprachtausch im SRG-Radio konnten insbesondere entlang den Nord-Süd-Verkehrsachsen weitere Verbesserungen erzielt werden. In Zusammenarbeit mit der SRG wurde ausserdem ein neues UKW-Distributionsnetz für die Verbreitung der SRG-Radioprogramme in der Romandie ausgearbeitet. Die entsprechenden Koordinationsverhandlungen mit Frankreich verlaufen positiv und sollten im ersten Halbjahr 2000 abgeschlossen werden können.

Erfüllung der Ziele

Die operativen Ziele für das Jahr 1999 wurden zu grössten Teilen erreicht. So konnte namentlich die Revision des Radio- und TV-Gesetzes (RTVG) vorangetrieben werden, und beim Fernsehen wurde der geplante Liberalisierungsschritt durch verschiedene Neukonzessionierungen eingeleitet. Ausserdem wurde das Ziel der Optimierung des Servicepublic-Auftrages der SRG mit der Erteilung einer Digital-Audio-Broadcasting-Konzession (DAB) und der Überprüfung bzw. Neubeurteilung der Gebührensituation (Entscheid zum Gebührenantrag der SRG) erreicht.

Nicht eingeführt werden konnte dagegen ein neues Verfahren für die Zuteilung der Anteile aus den Einnahmen der Empfangsgebühren auf die lokalen Veranstalter. Zwar wurden entsprechende Konzepte erarbeitet, doch war die Umsetzung eines neuen Modus durch politisch bedingte Verzögerungen bei der RTVG-Revision blockiert. Die Verabschiedung des neuen Modus soll nun im Frühjahr 2000 erfolgen.

Generell ist festzuhalten, dass die Arbeit der Abteilung Radio und Fernsehen zu einem grossen Teil darin besteht, auf eingereichte Gesuche und medienpolitische Probleme zu reagieren, und somit nur schwer mittels operativer Ziele zu planen ist. Die Erfüllung der Ziele muss deshalb immer dann zurücktreten, wenn wesentliche, neu entstandene Probleme zu lösen sind.

Schlüsselprojekte

RTVG-Revision: 1998 erstellte eine interne Arbeitsgruppe einen Bericht zuhanden des Departements, der als Grundlage für die weiteren Revisionsarbeiten diente. Im Berichtsjahr wurde ein Aussprachepapier zur RTVG-Revision ausgearbeitet, das vom Departement dem Bundesrat unterbreitet wird. Gleichzeitig bereitete das BAKOM einen Entwurf für das neue Gesetz vor, der voraussichtlich im Herbst 2000 in die Vernehmlassung gehen wird.

_____ **Gebühreninkasso:** Nach einer Übergangsphase wurde das Gebühreninkasso im Berichtsjahr in ein neues, definitives System überführt. Die Swisscom kann somit frühzeitig von ihrer verordnungsrechtlichen Pflicht entbunden werden, das Inkasso bis Ende 2002 zu garantieren. Nach einer Ausschreibung des Departements haben fünf Bewerber offeriert. Das BAKOM führte in der Folge mit Unterstützung durch externe Berater der deutschen Gebühreneinzugszentrale ein Evaluationsverfahren durch. Als Siegerin ging daraus die Billag AG, eine Tochtergesellschaft der Swisscom, hervor, die das Inkasso bereits während der Übergangsphase ab 1. Januar 1998 besorgt hatte. Das Departement erteilte ihr am 22. Dezember 1999 den Inkasso-Zuschlag für die kommenden sieben Jahre.

_____ **Konzessionen Radio und Fernsehen:** Im Sektor Radio und Fernsehen wurde das Angebot durch neue Marktteilnehmer erweitert. Am 6. September 1999 nahm mit TV3 erstmals ein privates Vollprogramm den Sendebetrieb auf, nachdem es vom Bundesrat im März zuvor konzessioniert worden war. An TV3 ist der Zürcher «Tages-Anzeiger» zu 50% beteiligt. Kurz zuvor, am 12. August 1999, startete das Programmfenster RTL/ProSieben Schweiz auf den beiden gleichnamigen deutschen Kanälen. Grünes Licht für den Start erhielt auch der Musiksender Swizz, der ebenfalls am 6. September 1999 auf Sendung ging und sich an ein junges Publikum richtet.

Beim Radio erfolgte ein wichtiger Schritt hin zur digitalen Verbreitung von Programmen: Der Bundesrat ermächtigte die SRG am 17. Februar 1999, ein Sendernetz für das Digital Audio Broadcasting (DAB) im Kanal 12 aufzubauen und pro Sprachregion sechs bis sieben Programme zu verbreiten. Gleichzeitig erteilte er ihr die Bewilligung, in der deutschen Schweiz ein Jugendprogramm über DAB und Satellit anzubieten. Zudem erteilte die Landesregierung am 10. November 1999 die Konzession für Radio 24 plus, ein internationales Oldies-Radiopro-

jekt von Roger Schawinski. Diese Konzessionen entsprechen den vom Bundesrat im Februar 1998 verabschiedeten medienpolitischen Leitlinien, die den Privaten beim Rundfunk mehr Spielraum im Markt gewähren und gleichzeitig der SRG eine Bestandes- und Entwicklungsgarantie einräumen.

Telecomdienste

_____ Die Abteilung Telecomdienste (TC) ist zuständig für die Umsetzung des Fernmeldegesetzes (FMG) im Bereich der Telekommunikationsdienste. Sie bereitet unter anderem die Entscheidungen der Kommunikationskommission (ComCom) vor, insbesondere für die Konzessionierung von Anbietern von Fernmeldediensten, die Nummernportabilität, die Carrier Selection und die Interkonnektion. Die Abteilung erteilt auch direkt Konzessionen für Fernmeldedienste, registriert die Anbieter, teilt Nummernressourcen und Kommunikationsparameter zu, ist verantwortlich für Aufsichts- und Strafverfahren und bereitet Verordnungen und Gesetze vor. Sie beobachtet die Entwicklungen in der Branche und sorgt für die entsprechenden rechtlichen Anpassungen. Fragen und Massnahmen zur Förderung der Informationsgesellschaft werden von ihr bearbeitet und koordiniert.

Erfüllung der Ziele

Das Jahr 1999 stand ganz im Zeichen der Konsolidierung der neuen Fernmeldeordnung und deren Anwendung. Nachdem 1998 insbesondere sicherzustellen war, dass die neuen Anbieter im Rahmen der Marktöffnung sich schnell etablieren konnten, galt es 1999, den Marktteilnehmern die Spielregeln bewusster zu machen und diese durchzusetzen.

Im Berichtsjahr wurden 43 neue Konzessionen für mobile und fixe Netze (regionale und nationale Daten- und Telefonnetze, Internet-Zugangsdienste, Satellitendienste etc.) erteilt. Dazu zählen auch die Konzessionen der Swisscom AG, wobei in diesem Zusammenhang deren Grundversorgungskonzession speziell hervorzuheben ist. 26 Konzessio-

nen nach altem Recht wurden durch neue ersetzt und 42 meldepflichtige Fernmeldediensteanbieter registriert. Die entsprechenden Listen sind öffentlich zugänglich (http://www.bakom.ch/Service_Provider_Liste/) und werden regelmässig aktualisiert. Beim Mobilfunk ergab die Bedürfnisabklärung in Bezug auf den digitalen Bündelfunk in den 900-MHz-Bändern keine entsprechende Nachfrage, und auch die Ausschreibung einer «kleinen» Konzession im 400-MHz-Band mit den ehemaligen Modacom-Frequenzen verlief erfolglos. Letztere werden nun im Gesamtumfeld digitaler Bündelfunk im 400-MHz-Band zusammen mit weiteren frei werdenden Frequenzen (Einstellung Speedcom) untersucht.

Zur Durchsetzung der Spielregeln mussten diverse Aufsichtsverfahren, wie zum Beispiel betreffend die Preisobergrenzen bei der Grundversorgung, die Umsetzung von Carrier Preselection und Carrier Selection und die Versorgungspflicht der Mobilfunknetze, durchgeführt werden.

Die Nachfrage nach Adressierungselementen (insbesondere Telefonnummern) hielt auch im Berichtsjahr an. Sie konnte ohne Probleme jeweils innert nützlicher Frist gedeckt werden. So wurden 511 10 000er-Nummernblöcke (geographische Kennzahlen) und 286 1000er-Blöcke sowie 333 weitere Adressierungselemente zugeteilt. Die Abwicklung dieser Geschäfte soll in Zukunft für den Kunden vollständig auf elektronischem Weg möglich sein. Damit will das BAKOM ein konkretes und für die Kunden sinnvolles Beispiel des elektronischen Behördenverkehrs im Sinne der Strategie des Bundesrates zur Informationsgesellschaft realisieren.

Geschlichtet und damit beendet wurden zwei grosse Interkonnectionsstreitigkeiten, nach aufwändiger Instruktion des Verfahrens und vertiefter Kostenanalyse bei der Swisscom AG. Damit konnte das BAKOM die Standardinterkonnectionspreise 1998 und 1999 stabilisieren. Zwei weitere Interkonnectionsverfahren (CommCare und diAx im Bereich «Mobile») wurden vorangetrieben. Das Amt wird im Jahre 2000

nach Abschluss der Instruktion zu schlichten versuchen. Gegebenenfalls wird es einen Entscheid der Kommunikationskommission beantragen. Ab 1.1.2000 sind die Interkonnectionspreise aufgrund der langfristigen Zusatzkosten (Long-run Incremental Cost LRIC) zu berechnen. Das Amt hat, teilweise in Zusammenarbeit mit den interessierten Fernmeldediensteanbietern, mögliche Modelle dieser Berechnungsmethode analysiert und im Rahmen einer Arbeitsgruppe eine Plattform zur Verfügung gestellt, um den Verhandlungsprozess zwischen den Interkonnectionspartnern vorzubereiten und insbesondere die Transparenz sowie das gegenseitige Verständnis und das Vertrauen zu stärken. Es ist nun an den Telekommunikationsanbietern, in Verhandlungen mit der Swisscom verbindliche Interkonnectionstarife zu finden – andernfalls muss der Regulator intervenieren.

Im Übrigen behandelte das BAKOM zahlreiche Anfragen von Diensteanbietern und deren Kunden, bereitete Antworten auf parlamentarische Vorstösse zuhanden des Departements vor und erarbeitete eine erste Revision der Vollzugsverordnungen zum Fernmeldegesetz (FMG). Die Anforderungen an die Anerkennung von Anbietern von Zertifizierungsdiensten im Zusammenhang mit der digitalen Signatur wurden in Form eines entsprechenden Verordnungsentwurfes vorgelegt, mit den interessierten Kreisen diskutiert und dazu ein Antrag an den Bundesrat vorbereitet. Die Fernmeldestatistik erlitt Verzögerungen, einerseits wegen fehlender Ressourcen und andererseits wegen mangelnder oder mangelhafter Datenlieferungen der Diensteanbieter. Eine erste Fassung soll im ersten Quartal des Jahres 2000 veröffentlicht werden.

Das BAKOM nimmt in der Informationsgesellschaft die Koordination der Massnahmen zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates innerhalb der Bundesverwaltung wahr. Der Bundesrat hat vom ersten Zwischenbericht und dem Aktionsplan Kenntnis genommen. 25 der insgesamt rund 75 vorgeschlagenen Massnahmen wurden mit erster Priorität zur Umsetzung empfohlen. Sie betreffen Änderungen der (ins-

besondere rechtlichen) Rahmenbedingungen, die Nutzung der Informationstechnologien durch die Bundesverwaltung (E-Government) sowie Förderungsmassnahmen (Sensibilisierung, finanzielle Unterstützung insbesondere im Bildungsbereich etc.).

Schlüsselprojekte

NUM 2002: Ab 29. März 2002 wird im liberalisierten Telekommunikationsmarkt eine grössere Auswahl an Telefonnummern zur Verfügung stehen. Das BAKOM will dazu beitragen, diese wichtige Herausforderung für den schweizerischen Fernmeldemarkt erfolgreich umzusetzen. Es hat deshalb die Leitung des Projektes NUM 2002 zur Koordination der technischen und kommunikativen Massnahmen übernommen. Beteiligt sind Dienstanbieter, Verbände, Sicherheits- und Konsumentenorganisationen.

Digitale Signatur: Gemeinsam mit anderen Bundesämtern wurden die Arbeiten im Bereich der digitalen Signatur weiterverfolgt. Zuhanden des Bundesrates wurde ein Entwurf für die Verordnung über eine Public-Key-Infrastruktur in der Schweiz vorbereitet. Mit dieser Verordnung soll das Vertrauen der Benutzer in den elektronischen Geschäftsverkehr gestärkt werden. Anbieter von Zertifizierungsdiensten, die bestimmte grundlegende Anforderungen erfüllen, sollen künftig offiziell anerkannt werden können. Die Verordnung tritt voraussichtlich im Frühjahr 2000 in Kraft.

UMTS: Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für die Vergabe von Mobilfunkkonzessionen der dritten Generation (Universal Mobile Telecommunication System, UMTS) führte das BAKOM eine öffentliche Konsultation durch. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse waren Bestandteil eines Antrags an die Kommunikationskommission, die am 20. August 1999 entschied, vier landesweite UMTS-Konzessionen mittels einer Auktion zu vergeben. Das BAKOM bereitet gegenwärtig Ausschrei-

bung und Auktion vor. Es ist geplant, die UMTS-Konzessionen im ersten Quartal des Jahres 2000 auszuschreiben und die Auktion im dritten Quartal durchzuführen.

WLL-Ausschreibung: Das BAKOM hatte sich im November 1997 das ehrgeizige Ziel gesetzt, bereits 1999 Frequenzen für den drahtlosen Teilnehmeranschluss (Wireless Local Loop, WLL) auszuschreiben. WLL erlaubt es, einen Teilnehmer mittels Richtfunktechnik direkt an ein Fernmeldenetz anzuschliessen. Das Amt hat in knapp eineinhalb Jahren die Verfügbarkeit der Frequenzen und die Nachfrage bei potenziellen Anbietern ermittelt sowie die Ausschreibungsunterlagen vorbereitet. Im August 1999 entschied die Kommunikationskommission, die Frequenzen auf dem Weg einer Internet-Auktion zu vergeben. Damit dürften gegen Ende des Jahres 2000, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen in Agglomerationen, die ersten Alternativen zum drahtgebundenen Teilnehmeranschluss der Swisscom zur Verfügung stehen.

Funkkonzessionen und Anlagen

Die Abteilung Funkkonzessionen und Anlagen (FA) ist zuständig für die Durchsetzung der Vorschriften des Fernmeldegesetzes (FMG) in diesem Kompetenzbereich. Sie legt die entsprechenden technischen und juristischen Grundlagen fest, regelt die Marktzugangsverfahren für Fernmeldeanlagen, erteilt Funkkonzessionen (Betriebsfunk, CB-Funk etc.), führt Funkprüfungen durch (Amateur-, Jachtfunk etc.) und kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften in diesen Bereichen. Daneben nimmt sie Überwachungsaufgaben auf dem Gebiet der Radio- und Fernsehempfangsgebühren wahr.

Erfüllung der Ziele

Bereich Fernmeldeanlagen: Im Jahre 1999 wurden 650 (im Vorjahr 750) neue Typenzulassungen von Fernmeldeanlagen erteilt. Die Gründe für die reduzierte Zahl der Zulassungen lagen in der zunehmenden Harmonisierung der technischen Vorschriften in Europa und in der

Anerkennung der Konformitätsbewertung europäischer Zertifizierungsstellen durch die Schweiz. Im Laufe des Jahres 2000 ist mit der Einführung der neuen europäischen Endgeräteverordnung (R&TTE-Richtlinie) ein weiterer Rückgang zu erwarten. Die Verminderung zugunsten anderer Konformitätsbewertungsverfahren, die keine vorgängige Kontrolle der Fernmeldeanlagen mehr benötigen, hat eine verstärkte Marktüberwachung zur Folge. Im Berichtsjahr wurden 1392 Marktüberwachungsaufträge aus den Bereichen Funkkonzessionen und Fernmeldeanlagen erledigt, woraus 648 Verwaltungsstrafverfahren resultierten. Für die Kontrolle der Konformität der Fernmeldeanlagen wurden 60 Aufträge erteilt, woraus 15 Verwaltungsstrafverfahren resultierten. Tendenziell werden in Zukunft die Verwaltungsstrafverfahren durch Kontrollen der Konformität abgelöst werden.

—— Bereich Funkkonzessionen: Seit dem 1. Januar 1998 werden alle Funkkonzessionen durch das BAKOM erteilt. Konzessionen, die keine individuelle Frequenzzuteilung erfordern, können in der Regel innerhalb von zehn Tagen erteilt werden, die übrigen innerhalb von 30 Tagen. Bei Frequenzabsprachen mit dem Ausland sind längere Bearbeitungsfristen möglich.

Jahr	Betriebsfunk Konzessionen	Schiffe Konzessionen	Bewegl. Flugfunk Konzessionen	Amateurfunk Konzessionen	Jedermannsfunk
1995	15 175	1218	4759	4651	26 975
1996	14 971	1232	4669	4661	24 036
1997	15 382	1262	4594	4653	20 698
1998	13 318	1252	4507	4592	18 059
1999	13 017	1302	4414	4508	15 172

Die Zusammenstellung zeigt die Entwicklung des Konzessionsbestandes der letzten fünf Jahre. Der rückläufige Trend bei den Jedermannsfunk-Konzessionen hat sich auch im Berichtsjahr bestätigt. Ein leichter Rückgang war ebenfalls bei den Betriebsfunkkonzessionen zu verzeichnen.

—— Bereich Funkerprüfungen

Radiotelefonisten- und Radiotelegrafistenausweis für Funkamateurrinnen und Funkamateure	122 KandidatInnen
Eingeschränkter Radiotelefonistenausweis des beweglichen Seefunkdienstes (gültig auf Yachten)	101 KandidatInnen
Beschränkt gültiges Betriebszeugnis für Funkerinnen und Funker (Restricted Operators Certificate)	194 KandidatInnen
UKW-Sprechfunkausweis für den Binnenschiffahrtfunk	36 KandidatInnen

—— Bereich Überwachung Radio- und Fernsehempfangsgebühren (Schwarzseher und -hörer): 1999 konnten 4464 Aufträge aus dem Bereich Schwarzseher und -hörer erledigt werden, woraus 2409 Verwaltungsstrafverfahren resultierten. Seit der Übernahme dieser repressiven Aufgabe durch das BAKOM am 1. Januar 1998 war die Anzahl der eröffneten Verwaltungsstrafverfahren noch nie so hoch.

Schlüsselprojekt

—— Einführung der R&TTE-Richtlinie: Im April 2000 wird das BAKOM die neue europäische Richtlinie über Funkanlagen und Telekommunikationseinrichtungen (R&TTE-Richtlinie) umsetzen. Sie bezweckt in erster Linie den erleichterten Marktzugang für Fernmeldeanlagen, insbesondere für neue Technologien. Entsprechend werden die Anlagen nicht mehr vor deren Markteinführung kontrolliert, sondern erst danach. Dies hat Auswirkungen auf die Gesetzgebung und auf die Arbeitsabläufe des Amtes. Die interessierten Kreise (Hersteller, Importeure, Netzbetreiber etc.) wurden gezielt über die Neuerungen informiert und an der Revision der Verordnung beteiligt. Weitere Informationsmassnahmen sind für das Jahr 2000 geplant.

Freuenzmanagement

Rundfunk und Mobilkommunikation sind auf Frequenzen angewiesen. Die Abteilung Frequenzmanagement (FM) stellt als Kompetenzzentrum für die Frequenzen, die Funktechnologien und die elektromagnetische Verträglichkeit (EMV) bzw. Umweltverträglichkeit (EMVU) den Abteilungen RTV, FA und TC das Element «Frequenzen» für deren Produkte zur Verfügung.

Konzessionsbezogene Frequenzuteilungen

Für die Rundfunkveranstalter und die Telekommunikationsdiensteanbieter konnte 1999 eine namhafte Anzahl Frequenzen bereitgestellt werden:

Im Zuge der Umsetzung der UKW-Sendernetzplanung wurden ca. 60 technische Anhänge (Frequenzen für Rundfunksendestationen) neu geplant, davon etwa zwei Drittel für die SRG und ein Drittel für lokale Veranstalter. 39 Abstrahlversuche in Regie oder durch das BAKOM-Messteam dienten dabei zur Verifikation der theoretischen Versorgungsberechnungen.

Mit der Verabschiedung des Sendernetzplanes für das DAB-Netz (Digital Audio Broadcasting) der SRG leistete die Abteilung FM einen wesentlichen Beitrag zur Einführung des digitalen Tonrundfunks in der Schweiz. Unter enger Begleitung und im Auftrag des BAKOM wurde der DAB-Pilotversuch im Berner Oberland abgeschlossen. Nähere Informationen hierzu sind im Internet unter www.dab.ch verfügbar.

Für die drei GSM-Mobilfunkbetreiber konnten die technischen Netzbeschreibungen für insgesamt etwa 3000 Basisstationen erstellt werden. Für die Signalanspeisung dieser Stationen mittels Richtfunk berechnete die Abteilung 1370 Strecken, teilte die entsprechenden Frequenzen zu und koordinierte mit den Nachbarverwaltungen. Damit leistete sie einen substantiellen Beitrag zum raschen Netzaufbau der neuen Mobilfunkanbieter.

Zusätzlich wurden für diverse kleinere und grössere Funknetze die entsprechenden Frequenzen zeitgerecht bereitgestellt. Aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen haben verschiedene Funknetzbetreiber ihre Netze stillgelegt, auf GSM oder Glasfaser (anstelle Richtfunk) umgestellt und gegen 1000 Richtfunkstrecken abgemeldet. Die Abteilung FM gruppiert diese Frequenzressourcen laufend neu, sei es zur Öffnung weiterer Frequenzbereiche oder zur Schaffung zusätzlicher Kapazitäten in intensiv genutzten Bereichen.

Qualitätssicherung Frequenzspektrum

Im Berichtsjahr gingen bei der Sektion Radio Monitoring über 530 Störungsmeldungen ein, 25% mehr als im Jahr zuvor. Diese Zunahme war hauptsächlich auf die Weiterleitung zahlreicher Störungsmeldungen im Bereich Rundfunk von der Swisscom an das BAKOM zurückzuführen. Das BAKOM wird auch im Jahr 2000 solche Störungsmeldungen von der Swisscom erhalten.

Internationale Aktivitäten

Aufgrund der europäischen bzw. globalen Dimension des Frequenzmanagements werden beträchtliche Ressourcen der Abteilung für internationale Aktivitäten eingesetzt. Auf europäischer Ebene handelt es sich um die CEPT (Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Fernmeldewesen) und auf internationaler Ebene um die UIT (Internationale Fernmeldeunion, insbesondere um den Sektor Radiokommunikation).

Im Rahmen der CEPT ist die Vorbereitung und Genehmigung zahlreicher Entscheidungen des ERC für eine optimale Einführung der Mobilfunksysteme der dritten Generation (UMTS) zu erwähnen.

Die UIT hat 1999 insbesondere die weltweite Funkkonferenz 2000 vorbereitet, die im Mai 2000 in Istanbul stattfinden wird. Gegenstand sind unter anderem ein neuer Plan für den Satellitenrundfunk

sowie die Definition der Erweiterungsbänder für IMT-2000 (Mobilfunksystem der dritten Generation).

Mit den Nachbarländern konnte die Frequenznutzung für verschiedene Dienste diskutiert bzw. abschliessend festgelegt werden, z.B. für GSM-Mobiltelefonie, für das geplante Sicherheitsfunknetz in der Schweiz und für drahtlose Festnetzanschlussdienste (WLL).

Mit der Schaffung einer eigenständigen Fernmeldebehörde im Fürstentum Liechtenstein ändern sich in den Grenzgebieten zu Österreich und Deutschland die Verhältnisse grundlegend. Die Abteilung verfolgt das Ziel, in intensiven Gesprächen eine optimale und effiziente neue Spektrumsaufteilung zu erreichen.

Im Bereich analoger Tonrundfunk konnte mit der französischen Verwaltung eine teilweise Neuaufteilung des UKW-Spektrums erzielt werden. Dadurch kann im Bassin lémanique die Versorgung mit den SRG/SSR- sowie mit Lokalrundfunkprogrammen optimiert werden.

Nationaler Frequenzzuweisungsplan

Eine der Hauptaufgaben der Abteilung FM ist die Führung und Aktualisierung des nationalen Frequenzzuweisungsplans. Dessen jüngste Revision wurde am 1. Juli 1999 von der Kommunikationskommission genehmigt. Die Präsentation wird im kommenden Jahr an jene der internationalen Pläne der UIT und der CEPT angepasst werden.

Kompetenzzentrum Funktechnologie

Das Kompetenzzentrum leistet technische Unterstützung für die Einführung der neuen Funktechnologien im Schweizer Markt. Sie umfasst zwei Bereiche:

Systemtechnik

Das Zentrum stellte die technischen Grundlagen bereit für die DAB-Konzession der SRG/SSR, für die Vorbereitung der Konzessionsvergabe

für die Mobilfunksysteme der dritten Generation (UMTS) und für den drahtlosen Teilnehmeranschluss (WLL). Zudem leistete es technische Unterstützung bei den laufenden Arbeiten zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG).

Spektrumsengineering

Aufgabe ist hier die Optimierung der Nutzung des Frequenzspektrums. So wurde 1999 in Zusammenarbeit mit der Armee eine Studie fertig gestellt, welche die Planung der Einführung des UMTS-Systems in einem heute von militärischen Anwendungen genutzten Teil des Frequenzspektrums ermöglicht.

Kompetenzzentrum EMV/EMVU

Die Sensibilisierung der Bevölkerung in Bezug auf das Problem der nichtionisierenden Strahlung nahm im Berichtsjahr weiter zu. Das Kompetenzzentrum elektromagnetische Verträglichkeit (EMV) und Umweltverträglichkeit (EMVU) beantwortete zahlreiche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die beispielsweise über die Auswirkungen von neu errichteten Antennen in ihrer Nachbarschaft beunruhigt waren. Unsere Spezialisten berieten Bundesbehörden bei Bewilligungsverfahren für GSM-Antennen. Aufgrund des fehlenden gesetzlichen Rahmens war die Tätigkeit in diesem Bereich besonders heikel.

International Relations

Der Dienst International Relations (IR) nimmt die Interessen der Schweiz im Bereich der Medien, der Telekommunikation und der neuen Technologien wahr. Sie vertritt die Schweiz – oder koordiniert deren Vertretung – in zahlreichen internationalen Organisationen, wie zum Beispiel in der Internationalen Fernmeldeunion (UIT). IR arbeitet eng mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und anderen Bundesämtern, wie zum Beispiel dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), zusammen.

Im Berichtsjahr wirkte das BAKOM im Rahmen internationaler Organisationen bei wichtigen Reformprozessen mit, so zum Beispiel für eine effizientere Gestaltung der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für Post und Fernmeldewesen (CEPT). Das Startsignal dazu wurde Ende September 1999 in Oslo gegeben. Fünf Arbeitsgruppen sollen bis Mitte 2000 ihre Vorschläge in Bezug auf die Organisation, die Finanzierung und die Zielsetzungen der CEPT vorlegen. Der Vorsitz des CEPT-Ausschusses für Regulierungsfragen im Bereich Telekommunikation (ECTRA) wurde abgegeben.

Das BAKOM präsierte das fünfte Treffen der unabhängigen europäischen Regulierungsbehörden im Fernmeldebereich (Independent Regulators Group, IRG) vom 13. Oktober 1999 in Saanen. Die Schweiz brachte dabei wichtige Impulse zur Weiterentwicklung dieses politischen Forums ein.

Das BAKOM setzte sich erfolgreich für eine attraktive und fundierte Bewerbung der Schweiz zur Durchführung der nächsten Telecomm-Weltausstellung (Telecom 2003) in Genf ein. Zu den Mitbewerbern gehörten insbesondere Berlin, Paris, Mailand und Barcelona.

Im audiovisuellen Bereich übernahm die Schweiz im Mai 1999 den Vorsitz der Ministerkonferenz von TV 5. Da heikle Fragen der Finanzierung von TV 5 im Berichtsjahr nicht gelöst werden konnten, wurde die auf Anfang November 1999 vorgesehene Ministerkonferenz auf das Jahr 2000 verschoben.

Abgegeben wurde der Vorsitz des Ständigen Ausschusses zum Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen des Europarates. Unter dem schweizerischen Vorsitz wurden die Revisionsarbeiten dieses Übereinkommens abgeschlossen. Sie betrafen in erster Linie Bestimmungen über das Teleshopping, den Rechtsmissbrauch und die Exklusivrechte.

Dank einer in Brüssel stationierten Mitarbeiterin von IR wurden gute Kontakte zu den verschiedenen Kommissionen der Europäischen Union aufgebaut. Dadurch können Informationsdefizite über die Politik der Union, die durch die Nichtteilnahme der Schweiz in den Arbeiten der EU bedingt sind, teilweise kompensiert werden.



"Mobil und doch erreichbar sein,

Ruth Portmann, 22 Jahre, Medizinische Praxisassistentin

jederzeit telefonieren können.

2,5 Millionen nutzen in unserem

Land das Mobiltelefon. So wie

ich. Die Grundlagen dazu legte

das BAKOM."

Ausblick

Das BAKOM wird auch im Jahr 2000 für optimale Rahmenbedingungen für die Kommunikation in der Schweiz sorgen. Wir wollen weiterhin als glaubwürdiger Regulator auf dem Kommunikationsmarkt wahrgenommen werden. Neben den bekannten Aufgaben und Dienstleistungen wird sich das BAKOM im kommenden Geschäftsjahr einigen herausragenden Projekten widmen.

Im Rahmen der Telekommunikationsdienste führt das Amt im Jahr 2000 zwei wichtige Auktionen durch. Im Frühjahr 2000 werden 48 Konzessionen für Wireless Local Loop (WLL), die Erschliessung der letzten Meile, erteilt. Diese Auktion erfolgt über das Internet auf der Website <http://www.ofcomauktion.ch>. Die Öffentlichkeit kann damit die einzelnen Schritte verfolgen. Im Herbst werden vier Konzessionen für die Nachfolgetechnologie der Mobiltelefonie (UMTS) versteigert, auch dies voraussichtlich über das Internet.

Für die Erschliessung der letzten Meile (Entbündelung des Teilnehmeranschlusses) werden Grundsatzentscheide innerhalb oder ausserhalb konkreter Verfahren getroffen werden.

Das BAKOM will ferner die Möglichkeiten von E-Commerce aufzeigen. Dazu werden mit einem Pilotprojekt Electronic-OFCOM Adressierungselemente elektronisch zugeteilt und verwaltet.

Das Radio- und Fernsehgesetz wird einer grundlegenden Revision unterzogen werden. Es geht darum, die technologischen Entwicklungen zu berücksichtigen sowie auf die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen der Medienlandschaft einzugehen. Zuhanden des Departements wird die RTVG-Revision vorbereitet, damit im Herbst eine breite Diskussion im Rahmen einer öffentlichen Vernehmlassung begonnen werden kann.

Da in den letzten beiden Jahren die Zahl der Veranstalter erheblich gestiegen ist, dürften im Jahr 2000 die Konzessionsgesuche, insbesondere im Fernsehbereich, nicht weiter zunehmen.

Um die Aufsichtspraxis im Bereich Werbung und Sponsoring transparent zu machen und präventive Wirkungen zu entfalten, werden Aufsichtsentscheide gegen Radio- oder TV-Veranstalter in Zukunft jeweils auf der Website des BAKOM veröffentlicht.

Im Bereich der Funkkonzessionen und Anlagen wird die Einführung der EU-Richtlinie über Funkanlagen und Telekommunikationseinrichtungen (R&TTE-Richtlinie) diesen Bereich deregulieren und einen neuen Schwerpunkt der Aktivitäten bilden, insbesondere in Bezug auf die Information der Betroffenen und unsere Marktüberwachung.

Im Jahr 2000 findet eine wichtige Frequenzplanungskonferenz statt, die World Radio Conference (WRC 2000). Sie wird von der Internationalen Fernmeldeunion UIT in Istanbul organisiert. Das BAKOM wird die Interessen der Schweiz und die gesteigerten Bedürfnisse der schweizerischen «Frequenznutzer» vertreten.

Im Verlauf des Jahres werden weitere FLAG-Erfahrungen gesammelt. In einem konstruktiven Dialog innerhalb des Amtes, aber auch mit dem Parlament und den vorgesetzten Stellen sollen die Vorgaben optimiert werden. Wichtige Erkenntnisse werden auch aus der Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie aus den neu eingeführten Vereinbarungen (Service Level Agreements) zwischen der Abteilung Frequenzmanagement und den drei Produkteabteilungen erwartet.

"Dank einer von 13'000

Marc Philipp, 37 Jahre, Flughafenpolizei

Betriebsfunk-Konzessionen

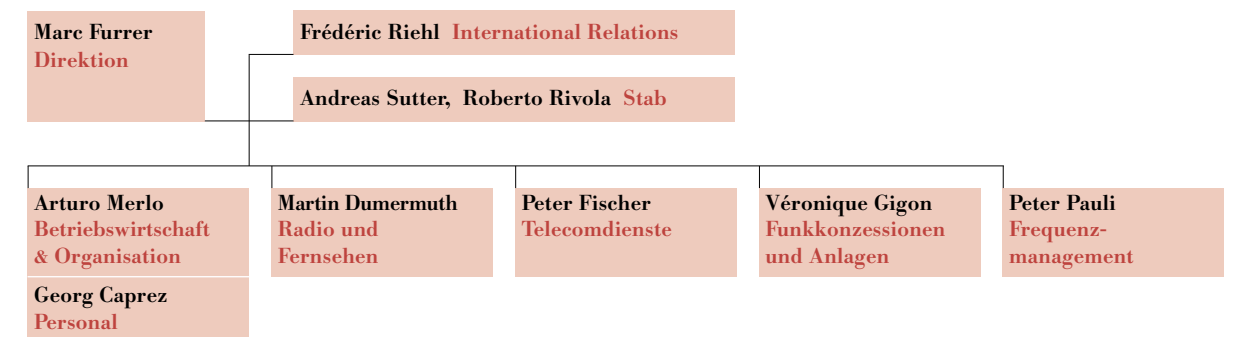
des BAKOM kann ich

professionell arbeiten."



Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung des BAKOM gehören an: der Direktor Marc Furrer und die Abteilungsleiter bzw. die Abteilungsleiterin Peter Fischer (TC), Martin Dumermuth (RTV), Véronique Gigon (FA), Peter Pauli (FM), Arturo Merlo (BO), der Leiter des Dienstes International Relations Frédéric Riehl, der Personalchef Georg Caprez, der Stabschef Andreas Sutter und der Kommunikationsverantwortliche Roberto Rivola.



Statistik

Das BAKOM beschäftigte 1999 292 Personen. 85 davon sind Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 29%.

Das BAKOM ist mehrsprachig. Rund 64% der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind deutscher Muttersprache, 31% sprechen französisch und 4% italienisch. Andere Sprachen wie zum Beispiel Englisch sind mit rund 1% vertreten.

42% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAKOM stammen aus der Privatwirtschaft. Rund 40% waren ehemals bei der Telecom PTT und 17% bei der allgemeinen Bundesverwaltung beschäftigt.

Rund ein Drittel der BAKOM-Beschäftigten sind in der Region Biel oder im Jura wohnhaft. Die übrigen zwei Drittel wohnen ausserhalb dieser Regionen.

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAKOM lag Ende 1999 bei 40 Jahren.

Die Personalfluktuationsrate betrug rund 3,2%.



"Mein Flugzeug fliegt so phantastisch, weil das BAKOM dafür sorgt, dass die Signale von niemandem gestört werden."

Joel Dittli, 19 Jahre, Schüler

Wichtige Ergebnisse

Das BAKOM schliesst 1999 durchwegs besser ab als budgetiert. Die in der Leistungsvereinbarung festgelegten Vorgaben wurden erreicht. Das Finanzergebnis 1999 übertrifft mit 5,8 Mio. Franken (9,6%) die vom Bundesrat gesetzte Sparvorgabe (2,5% = 1,5 Mio. Franken) beträchtlich.

Die wichtigsten Ergebnisse für das Jahr 1999 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die Einnahmen von 47,5 Mio. Franken lagen bedeutend unter den Vorgaben (56,6 Mio. Franken). Die Mindereinnahmen von 9,1 Mio. Franken (-16%) setzten sich hauptsächlich aus 5,9 Mio. Franken im Bereich Radio und Fernsehen und 3 Mio. Franken bei Produkten der Abteilung Telecomdienste (TC) zusammen. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass anders als in den Vorjahren nur die Einnahmen berücksichtigt wurden, die ausschliesslich im Berichtsjahr angefallen sind.

Die Ausgaben von 48,5 Mio. Franken lagen mit 10,2 Mio. Franken (-17,4%) wesentlich unter den Vorgaben in der Leistungsvereinbarung bzw. Staatsrechnung 1999 (58,7 Mio. Franken).

Von den 10,2 Mio. Franken Minderausgaben stammen 3,1 Mio. Franken aus operativer Tätigkeit. Sie sind vor allem das Ergebnis geringerer Investitionen, eines kleineren Personalaufwandes sowie kostenbewussteren Verhaltens im Zusammenhang mit FLAG. Weitere 1,2 Mio. Franken Ersparnis wurden durch verminderte Beiträge an internationale Organisationen realisiert.

Die restlichen Minderausgaben von 5,9 Mio. Franken betreffen den Aufwand im Bereich Frequenzmanagement für Radio und Fernsehen, der weniger hoch ausfiel als budgetiert. Diese Ausgaben sind zweckgebunden und deshalb für die Staatsrechnung nicht wirksam.

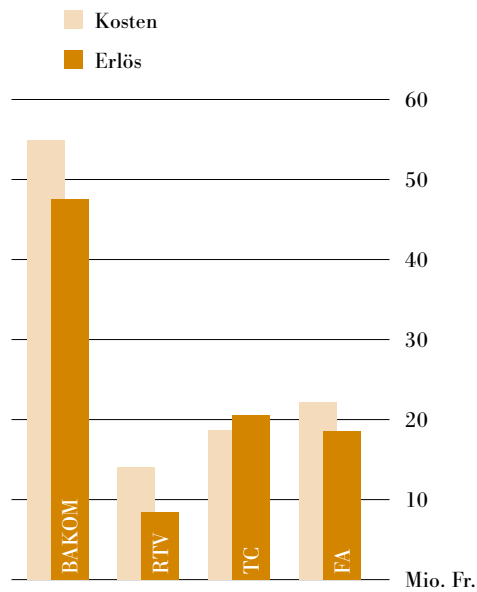
Der geplante Gesamtkostendeckungsgrad (91%) konnte mit 87% nicht ganz erreicht werden. Das BAKOM führt seit dem 1. Januar 1999 eine Kosten- und Leistungsrechnung auf Vollkostenbasis. Sie weist Ende 1999 erstmals den Erfolg bzw. Kostendeckungsgrad nach Leistungsberei-

chen (Produktgruppen) aus und ist deshalb noch wenig aussagekräftig. Die produktgruppenspezifischen Abschreibungen sind geschätzt, auf kalkulatorische Zinsen wurde bewusst verzichtet. Ein Vorjahresvergleich ist aus nahe liegenden Gründen nicht möglich. Weder im Leistungsauftrag noch in der FLAG-Jahresrechnung sind Bundesbeiträge im Medienbereich (Transferzahlungen) oder kommerzielle Tätigkeiten berücksichtigt.

Ergebnis nach Produktgruppen

Kostenrechnung

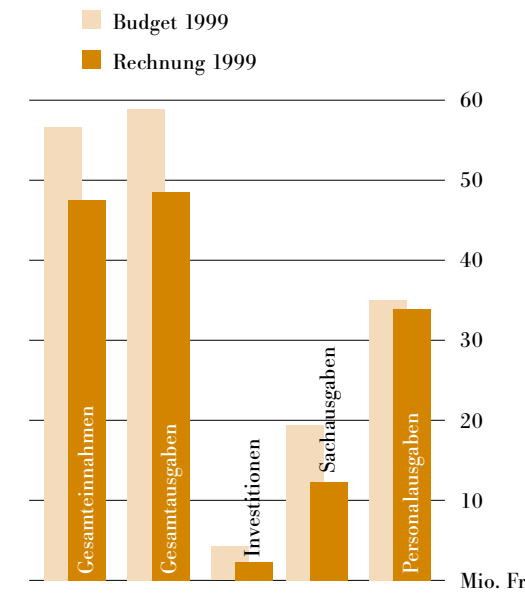
	Budget 99 Fr.	Rechnung 99 Fr.	Abweichung Fr.	%
BAKOM				
Kosten	62 373 899	54 869 651	-7 504 248	-12
Erlöse	56 639 800	47 535 145	-9 104 655	-16
Kostendeckung	91%	87%	-4%	-4
Radio und Fernsehen				
Kosten	14 337 617	14 026 355	-311 262	-2
Erlöse	13 944 000	8 434 801	-5 509 199	-40
Kostendeckung	97%	60%	-37%	-38
Telecomdienste				
Kosten	21 795 748	18 650 665	-3 145 083	-14
Erlöse	23 477 800	20 525 948	-2 951 852	-13
Kostendeckung	108%	110%	2%	2
Funkkonzessionen und Anlagen				
Kosten	26 240 534	22 192 631	-4 047 903	-15
Erlöse	19 218 000	18 574 396	-643 604	-3
Kostendeckung	73%	84%	11%	15



Ergebnis nach Rubriken

Staatsrechnung

	Budget 99 Fr.	Rechnung 99 Fr.	Abweichung Fr.	%
Gesamtausgaben	58 721 839	48 532 853	-10 188 986	-17
davon dezentrale Kreditanteile	5 747 000	3 082 775	-2 664 225	-46
Ausgaben nach Hauptsachgruppen				
Personalausgaben	35 071 136	33 979 055	-1 092 081	-3
Sachausgaben	19 408 703	12 291 481	-7 117 222	-37
Investitionen	4 242 000	2 262 317	-1 979 683	-47
Gesamteinnahmen	56 639 800	47 535 145	-9 104 655	-16
Saldo	-2 082 039	-997 708	1 084 331	-52



Erfüllung der Sparvorgabe 1999

Ausgaben gemäss Finanzplan vom 29.9.97	60,2	Mio Fr.
./. Ausgaben gemäss Jahresabschluss 1999	48,5	
Minderausgaben gegenüber Finanzplan	11,7	
./. Mindereinnahmen aus Empfangsgebühren RTV	5,9	
Effektive Minderausgaben	5,8	(9,6%)



"98 schweizerische TV- und 50 einheimi-

Ueli Müller, 41 Jahre, Radio- und TV-Verkäufer

sche Radio-Programme sorgen für regionale Vielfalt. Das BAKOM wacht darüber, dass dabei die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden."

Verzeichnis des Kaders

Direktion (DIR)		E-Mail	Telefon
Direktor	Marc Furrer	Marc.Furrer@bakom.admin.ch	032 327 55 01
Stabschef	Andreas Sutter	Andreas.Sutter@bakom.admin.ch	032 327 55 03
Kommunikations- verantwortlicher	Roberto Rivola	Roberto.Rivola@bakom.admin.ch	032 327 55 50
International Relations (IR)			
Leiter und Vizedirektor	Frédéric Riehl	Frederic.Riehl@bakom.admin.ch	032 327 54 54
Betriebswirtschaft und Organisation (BO)			
Leiter	Arturo Merlo	Arturo.Merlo@bakom.admin.ch	032 327 58 85
Finanzen und Rechnungswesen	Daniel Zumstein	Daniel.Zumstein@bakom.admin.ch	032 327 58 87
Personal	Georg Caprez	Georg.Caprez@bakom.admin.ch	032 327 55 15
Logistik	Peter Lendenmann	Peter.Lendenmann@bakom.admin.ch	032 327 54 56
Informatik	Bruno Frutiger	Bruno.Frutiger@bakom.admin.ch	
Radio und Fernsehen (RTV)			
Leiter und Vizedirektor	Martin Dumermuth	Martin.Dumermuth@bakom.admin.ch	032 327 55 45
Medien national und international	Peter Marti	Peter.Marti@bakom.admin.ch	032 327 55 44
Medien lokal und Weiterverbreitung	Marcel Regnotto	Marcel.Regnotto@bakom.admin.ch	032 327 55 35
Dienst Aufsicht Radio und Fernsehen	Carole Gerber	Carole.Gerber@bakom.admin.ch	032 327 54 49
Telecomdienste (TC)			
Leiter und stellvertretender Direktor	Peter Fischer	Peter.Fischer@bakom.admin.ch	032 327 55 99
Politik und Planung	Matthias Ramsauer	Matthias.Ramsauer@bakom.admin.ch	032 327 55 10
Festnetzdienste und Grundversorgung	Armin Blum	Armin.Blum@bakom.admin.ch	032 327 55 79
Mobil- und Satellitenfunk- dienste	René Dönni	Rene.Doenni@bakom.admin.ch	032 327 55 43
Nummerierung und Adressierung	François Maurer	Francois.Maurer@bakom.admin.ch	032 327 55 76

Funkkonzessionen und Anlagen (FA)		E-Mail	Telefon
Leiterin und Vizedirektorin	Véronique Gigon	Veronique.Gigon@bakom.admin.ch	032 327 54 48
Koordinationsstelle	Bernhard Pfander	Bernhard.Pfander@bakom.admin.ch	032 327 54 42
Anlagen	Gerhard Käser	Gerhard.Kaaser@bakom.admin.ch	032 327 55 65
Funkkonzessionen	Rudolf Rieder	Rudolf.Rieder@bakom.admin.ch	032 327 58 20
Markt und Recht deutschsprachige Schweiz	Daniel Büttler	Daniel.Buettler@bakom.admin.ch	032 327 54 45
Markt und Recht französisch- und italienischsprachige Schweiz	Patricia Voisard Vollmer	Patricia.Voisard@bakom.admin.ch	032 327 55 91

Frequenzmanagement (FM)			
Leiter	Peter Pauli	Peter.Pauli@bakom.admin.ch	032 327 57 00
Grundlagen Funk	Daniel Vergères	Daniel.Vergeres@bakom.admin.ch	032 327 57 20
Frequenzplanung	Philippe Horisberger	Philippe.Horisberger@bakom.admin.ch	032 327 54 11
Frequenzuteilung	Konrad Vonlanthen	Konrad.Vonlanthen@bakom.admin.ch	032 327 55 83
Radio Monitoring	Willy Weibel	Willy.Weibel@bakom.admin.ch	032 327 57 30

Kontakt

Sie erreichen uns
telefonisch unter der Nummer 032 327 55 11 (Zentrale),
per Fax unter 032 327 55 55.

Bitte adressieren Sie Ihre Korrespondenz an:
BAKOM, Postfach, 2501 Biel/Bienne.

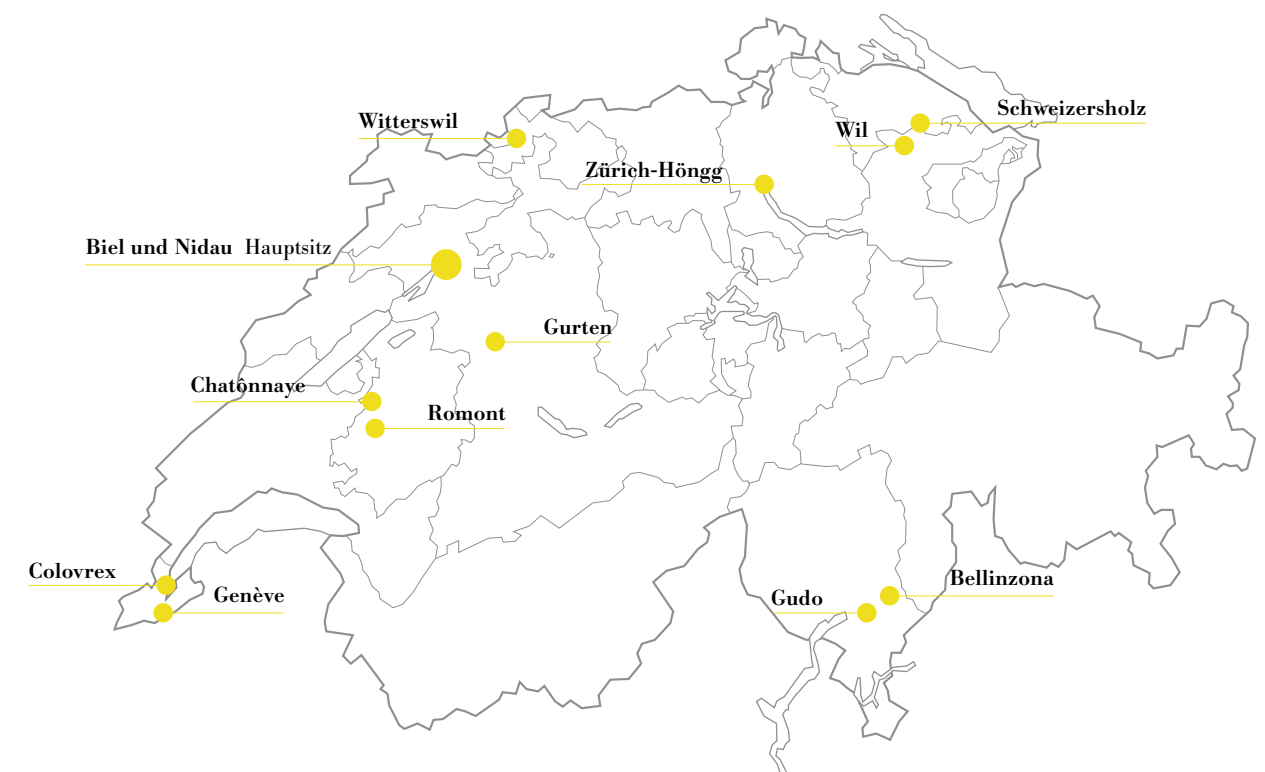
www.bakom.ch

Besuchen Sie uns auf dem Web

Dort finden Sie auch eine Beschreibung, wie Sie uns erreichen, und eine Karte mit unseren beiden Standorten Zukunftstrasse 44 in Biel und Ipsachstrasse 10 in Nidau sowie den Aussenstellen. (Button «Kontakt»)

<http://www.bakom.ch/ger/>

Das BAKOM verfügt über dezentrale Standorte in der ganzen Schweiz. Damit sind wir in der Lage, unsere Kontrollfunktionen im Interesse eines gut funktionierenden Fernmeldemarktes wahrzunehmen.



<u>Auflagen</u>	1600 Exemplare Deutsch, 600 Exemplare Französisch 300 Exemplare Italienisch, 500 Exemplare Englisch
<u>Gesamtleitung</u>	BAKOM, Roberto Rivola, Postfach, 2501 Biel/Bienne
<u>Koordination</u>	Aloha Communications AG, Schutzengelstrasse 36, 6342 Baar
<u>Druck</u>	Neidhart + Schön AG, Dorfstrasse 29, Postfach, 8037 Zürich
<u>Fotografie</u>	Dominique Meienberg, Dieter Seeger, Zürich
<u>Konzept und Gestaltung</u>	typoundso, Emmenweidstrasse 16, 6020 Emmenbrücke
<u>Copyright</u>	© BAKOM 1999, Postfach, 2501 Biel/Bienne

